

# »So was prägt eine Nation«

**GESELLSCHAFT** Der Zweite Weltkrieg und die atomare Bedrohung haben das Land tief beeinflusst. Jetzt löst Putins Überfall auf die Ukraine neue Ängste aus – und jede Menge Solidarität. Wie der Schock über eine erschütterte Welt alle Generationen erfasst.

**M**it 57 Jahren ist Manuela Sonntag noch einmal Mutter geworden, plötzlich und gleich vierfach. Sie hat bereits zwei erwachsene Söhne, von denen einer, Timo, noch bei ihr wohnt. Vergangene Woche, als sie die ukrainischen Flüchtlinge bei sich zu Hause in Wuppertal-Vohwinkel aufgenommen hat, sagte sie: »Ich bin jetzt eure deutsche Mutter – herzlich willkommen!« Dann ging sie ein paar Stufen hoch und öffnete die Haustür.

Am Vormittag hatte sie auf Facebook einen Beitrag gelesen, veröffentlicht in der Gruppe »Aufnahme ukrainischer FlüchtlingeDE«. Der Post, automatisch ins Deutsche übersetzt, lautete: »Guten Tag. Guten Tag. Mein Name ist Aleksandra. Suche Wohnung/ Zimmer in Deutschland. Jetzt sind wir in Osnabrück. Möchten Sie einen vorübergehenden Wohnsitz anmelden, da wir nach dem Krieg nach Hause zurückkehren wollen. Wir vier: Mädchen 18, 19 und 22 Jahre und Mama 44 Jahre. Wir sind aus Charkiw und Mariupol. Wir lieben Tiere und können im Haushalt helfen.«

Manuela Sonntag antwortete, sie wohne in einem großen Haus, »melde dich, wenn du willst«. In den nächsten Minuten schickten sie und Aleksandra sich Fotos, Videos und Herz-Emojis, dann setzte Sonntag sich ins Auto und fuhr nach Osnabrück, gut 170 Kilometer, um die Frauen abzuholen.

Ihre »Vize-Kinder«, wie Manuela Sonntag sie nennt, heißen Natalia, Aleksandra und Elina, sie sind eine Familie, außerdem ist da noch Daria, eine Kommilitonin von Elina. Der Entschluss, die vier aufzunehmen, sei »spontan« gewesen, sagt Manuela Sonntag. Drei Tage lang hatte sie immer wieder bei Facebook geschaut, wer eine Unterkunft braucht, »bei ihnen hatte ich das Gefühl, wir passen gut zusammen«. Vorbereitet hatte sie nichts.

Als sie sich das erste Mal begegneten, schloss Manuela Sonntag jede der Frauen in ihre Arme, es flossen Tränen, so erzählt sie es. Auf dem Rückweg nach Wuppertal saß Natalia, die Mama, vorn. Manuela Sonntag fragte, ob es okay sei, wenn sie schnell fahre. Sie wollte nichts falsch machen. Die Flüchtlinge erzählten nun ihre Geschichte: Neun Tage seien sie unterwegs gewesen, mit dem Zug über Lwiw, Krakau und Breslau nach Deutschland.

Am Abend servierte Sohn Timo den neuen Mitbewohnerinnen Spaghetti Bolognese, die er gekocht hatte. Um 23 Uhr lag Sonntag im Bett, mit vier Fremden unter einem Dach.

Manuela Sonntag ist Physiotherapeutin und Wellnesstrainerin mit einer Privatpraxis, sie kann den geflüchteten Frauen zweieinhalb Zimmer, Küche, Bad bieten, eine eigene Etage im Haus. Ihr ist wichtig, dass es kein Notquartier sein soll, keine Zwischenstation, sie hofft, dass die Frauen so lange bleiben, bis der Krieg vorbei ist. »Der Kummer der Flüchtlinge, das menschengemachte Leid, das sie ertragen müssen – es ist unsere Pflicht, Mitgefühl zu zeigen und Verantwortlichkeit«, sagt sie. Es geht ihr um Solidarität. Zu signalisieren: Wir stehen auf derselben Seite.

Gut zwei Wochen zuvor war Olaf Scholz in einer Sondersitzung ans Rednerpult des Bundestags getreten und hatte eine Regierungserklärung abgegeben. Das wichtigste Wort seiner Rede lautete »Zeitenwende«. Es ist der zentrale Begriff für viele geworden.

## SPIEGEL-UMFRAGE

»Wie groß ist Ihrer Meinung nach der **Einschnitt durch den Russland-Ukraine-Krieg** in der jüngeren europäischen Geschichte?«, in Prozent



»Durch welche dieser Krisen wurde Ihrer Meinung nach **der größte Einschnitt in der jüngeren europäischen Geschichte** verursacht?«



5 • Quelle: Civey-Umfrage vom 21. bis 23. März 2022; Befragte: rund 5000; die statistische Ungenauigkeit liegt bei bis zu 2,5 Prozentpunkten; an 100 fehlende Prozent: »unentschieden«, »weiß nicht«

Scholz drückte damit aus, was Menschen wie Manuela Sonntag empfinden: Die neuen Zeiten erfordern einen Aufbruch in Deutschland, politisch, menschlich. Abgrenzung gegen den Aggressor Putin. Solidarität mit seinen Opfern.

Und die Solidarität in Deutschland ist gewaltig: Erzieherinnen, Professorinnen, Busfahrer, Handwerker sammeln Kleidung, Lebensmittel, Windeln, Tampons, Cremes, sie organisieren Transporte, Helferinnen und Helfer erwarten die Flüchtenden an den Bahnhöfen und Busstationen. Die Bahn spendiert Tickets. Hotellers stellen Zimmer zur Verfügung.

87 Prozent der Deutschen halten den russischen Einmarsch in der Ukraine für einen großen oder sehr großen Einschnitt in der jüngeren europäischen Geschichte. Nur 7 Prozent halten ihn für gering oder sehr gering, das ist das Ergebnis einer Umfrage des Online-Befragungsinstituts Civey für den SPIEGEL. Der übergroße Teil der Bevölkerung zeigt sich besorgt angesichts nun möglicher Entwicklungen: dass der Krieg sich ausweitet, was die Folgen für Deutschland sind. 41 Prozent fühlen sich sogar psychisch beeinträchtigt durch den Krieg.

Am vergangenen Wochenende gab es Friedenskundgebungen in etlichen deutschen Städten, in Münster, in Düsseldorf, in Magdeburg, in Hamburg, in Hannover. Das Konzert »Sound of Peace« am Sonntag vor dem Brandenburger Tor in Berlin war nach Angaben der Veranstalter »Europas größte musikalische Kundgebung« gegen den russischen Angriff auf die Ukraine. Fury in the Slaughterhouse traten auf, Westernhagen, Clueso und Silbermond auch, rund 15 000 Zuschauern waren dabei, es kamen mehr als zwölf Millionen Euro an Spenden zusammen. Das Konzert wurde live übertragen, die Kameras fingen Ernst, Trauer, Tränen ein. Die Musiker hatten Mühe, ihrem Publikum auch nur ein bisschen Freude zu entlocken, von Ekstase kaum eine Spur. Überall tauchten die alten Symbole der Friedensbewegung auf: die Taube, das Peace-Zeichen, auf Fahnen, auf Kleidungsstücken, als Schmuck.

Blau und Gelb, die Farben der ukrainischen Flagge, sind gerade die Farben des Landes. An der Grundschule Westersburg in Solingen, so es erzählt Schulleiterin Anna Fröhlich, habe ein Brief in dem silbergrauen Brief-



Christina Kretsch / DAVIDS

kasten gelegen, der neben der Tür zum Schulleitungsbüro hängt. Eine Gruppe Drittklässlerinnen hatte geschrieben, es sei blöd, was Putin da mache. Deshalb wollten sie Flaggen basteln, um allen Passanten zu zeigen, dass sie in Frieden leben wollen. An den Fensterscheiben der Fledermausklasse im Erdgeschoss kleben nun Flaggen, Querstreifen in Blau und Gelb, dazu eine Friedenstaube – Buntstift auf DIN-A3-Papier.

**Deutschland reagiert auf einen Schock.** Er erfasst alle Generationen. Die ältesten Deutschen kennen die Verheerungen des von den Deutschen ausgelösten Krieges aus eigenem Erleben, die Detonationen von Bomben gehören zu ihren frühesten Erinnerungen. Die nur wenige Jahre Jüngeren sind geprägt von einem Nachkriegsdeutschland, in dem die Folgen allgegenwärtig waren, auch ihnen geht das Grauen nahe, das die Menschen nur einige Hundert Kilometer entfernt erleben. Und die um

die 50-Jährigen wiederum haben ihre Jugend unter dem Eindruck des Wettübens, der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und der Angst vor einem atomaren Vernichtungsschlag verbracht. Sie wissen, was allen droht, wenn Russland und der Westen sich feindlich gegenüberstehen. Viele der Jüngeren, die nach dem Mauerfall im Selbstverständnis einer insgesamt einigermaßen stabilen europäischen Ordnung aufgewachsen sind, mussten mit Schrecken feststellen, buchstäblich von heute auf morgen »in einer anderen Welt aufgewacht« zu sein, wie es die 41-jährige Außenministerin Annalena Baerbock formulierte. In der noch überschaubaren Lebenszeit der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen wiederum wiegt die nun bereits zwei Jahre währende Pandemie schwer – dass ein Krieg in der Nähe jetzt nahtlos an diese Erfahrung anknüpft, dürfte bei ihnen das in vielen Studien belegte Grundgefühl der Unsicherheit noch vertiefen.

**Sängerin Mia bei Konzert für den Frieden vor dem Brandenburger Tor in Berlin:** Von Ekstase kaum eine Spur

**»Ich habe gerade bitterlich geweint. Es war alles umsonst.«**

**Frank Elbe, ehemaliger Diplomat**

Alte Überzeugungen sind nicht mehr gültig, die Politik vollzieht eine Kehrtwende nach der anderen. Politikerinnen und ehemalige Diplomaten sprechen offen über ihre Tränen und Gefühle. Wo das alles hinführt, kann noch niemand sagen. Wer den Begriff Zeitenwende ernst nimmt, weiß ja, dass sich erst mit der Zeit herausbildet, was kommt. Wer aber hinsieht undinhört, was Politiker, Autorinnen, Schülerinnen bewegt und Wissenschaftler wahrnehmen, bekommt von diesem Anfang der Zeitenwende dann doch ein erstaunlich klares Bild: das einer tiefen Erschütterung.

Es ist das erste Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, dass in Europa eine Großmacht ein anderes Land überfällt. Nach dem Ende des sowjetischen Imperiums 1990/91 sah es zeitweise so aus, als könnte Russland Teil des Westens werden, mit Demokratie, Rechtsstaat, Marktwirtschaft. Sogar vor einer Nato-Mitgliedschaft war die Rede. Doch nun sind nicht



Clemens Bilan / apa

nur die Grundpfeiler langjähriger Außen- und Sicherheitspolitik endgültig eingestürzt, sondern auch die Gewissheit, dass Europa nach allen Schlachten der vergangenen Jahrhunderte ein in weiten Teilen sicherer Kontinent geworden ist.

Jahrzehntelang zählte es zu den wichtigen Aufgaben der Politik, diesen Zustand zu bewahren. Einer, der daran mitgewirkt hat, ist Frank Elbe. Der heute 80-Jährige zählte während der Verhandlungen zur deutschen Einheit 1990 zu den engsten Mitarbeitern des damaligen Außenministers Hans-Dietrich Genscher. Er glaubte, Europa habe endgültig Frieden gefunden, »ich dachte, eine neue Zeit stehe bevor«, sagt Elbe, der aus einer deutsch-baltischen Familie stammt.

Karrierediplomaten lernen, ihre Gefühle zu verbergen, doch der Angriff Russlands am 24. Februar brachte Elbe aus der Fassung. Am Nachmittag schrieb er in einer Mail: »Ich habe gerade bitterlich geweint. Ich werde die Rückkehr zu einer wie auch immer gearteten Normalität bei meiner Lebenserwartung nicht mehr erleben. Es war alles umsonst.«

Elbe hatte nach seinem Ausscheiden aus dem diplomatischen Dienst 2005 lange um Verständnis für den russischen Präsidenten Wladimir Putin und die russische Sicht geworben. »Ich habe mich geirrt«, sagt er heute, »ich hielt Putin für einen rational denkenden Menschen, einen Angriff

habe ich nicht für möglich gehalten.« Der Jurist ist noch als Anwalt tätig, ihm hängt der Ruf an, Mandate im Umfeld von Nord Stream 2 wahrzunehmen, nach Rechtslage darf er sich zu seinen Mandanten nicht äußern. Doch sein Urteil ist ohnehin eindeutig: »Das ist ein Angriffskrieg, ein eklatanter Bruch der Charta der Vereinten Nationen und durch nichts zu rechtfertigen.«

Schon Putins Annexion der Krim im Jahr 2014 war eine Zäsur. Doch zum Entsetzen vieler Ukrainerinnen und Ukrainer glaubte man in Deutschland und andernorts weiter an das Prinzip Wandel durch Handel, auch weil es ein Vorgehen war, von dem Deutschland profitierte. Längst herrschte zwar Krieg im Donbass, doch in Deutschland wurde meist von einem »Konflikt« oder einer »Krise« gesprochen.

Erst jetzt werden die Dimensionen dessen, was spätestens mit der Annexion der Krim begann, in Deutschland begriffen, und diese Erkenntnis verstärkt die Erschütterung dieser Tage. Dass so viele sich getäuscht haben, ruft Schuldgefühle hervor und provoziert Ängste: Was, wenn es erneut schlimmer kommt als angenommen? Putin deutete bei seiner bizarren Rede am 18. März vor Zehntausenden jubelnden Menschen im Moskauer Luschniki-Stadion an, er werde zu Ende bringen, was er angefangen habe. Was, wenn das bedeutet, dass er weitermachen wird: erst in Moldau

**Helferinnen am Berliner Hauptbahnhof:** Deutsche sammeln Kleidung, Tampons, Cremes, sie organisieren Transporte



Peter Jülich / DER SPIEGEL

**»Dass da schon wieder die nächste Krise ist, das finde ich wirklich belastend.«**

**Rahel, Schülerin, 16 Jahre**

und dann in Polen – und dann? Laut der aktuellen Civey-Umfrage fürchten 62 Prozent der Deutschen, dass der Krieg in der Ukraine zu einem dritten Weltkrieg eskalieren könnte.

So hat die kraftvolle Solidaritätswelle in Deutschland auch diese Unterströmung: Angst. Das ändert aber nichts am Wert der Hilfe.

Ein starkes Motiv für die Solidarität dieser Tage ist das Gefühl der Ohnmacht. Sich solidarisch zu zeigen scheint derzeit der einzige Weg zu sein, dem lähmenden Schrecken von Putins Krieg zu begegnen – der zudem in eine Zeit fällt, in der sich viele Menschen nach zwei Jahren Pandemie ohnehin schon ausgelaugt, krisengeschüttelt und verzweifelt fühlen.

Selbst aktiv zu werden erleichtert es, sich der unvorhersehbaren Weltlage weniger ausgeliefert zu fühlen. Wer hilft, handelt und bewirkt etwas.

**Sich mit Deutschland** und den hiesigen Reaktionen auf den Krieg zu beschäftigen mag zynisch wirken. Sollte es nicht um jene Menschen gehen, die Putins Krieg unmittelbar ausgesetzt sind – um die Kämpfenden, Verwundeten, Sterbenden, Flüchtenden? Doch Repräsentanten der Ukraine appellieren seit Wochen an die Deutschen, sich ihrer eigenen Rolle in diesem Krieg bewusst zu werden und auch ihrer Verantwortung – und nicht zuletzt der Möglichkeit, noch tiefer als bisher mit hineingezogen zu werden.

Immer wieder hat der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk darauf hingewiesen, dass das Schicksal der Deutschen an das der Ukraine gebunden ist. Und der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat in seiner Rede am 17. März, die per Video live in den Bundestag übertragen wurde, auch das »verehrte deutsche Volk« angesprochen. Er bedankte sich für die bisherige Hilfe, forderte noch deutlich mehr ein und verwies auf die Aufgabe, gemeinsame Werte zu verteidigen. Er deutete die Verbrechen der Deutschen vor 80 Jahren nur an, und doch kam er mehrfach auf sie zu sprechen und damit auf die Verantwortung der Nachkommen. Er äußerte sich skeptisch zur Frage, ob das Bekenntnis der Deutschen, so etwas »nie wieder« zuzulassen, noch gelte. Sein Schlussappell lautete: »Stoppen Sie den Krieg! Helfen Sie uns, ihn zu stoppen!«

Selenskyj machte klar, dass es sich auf die Ukraine auswirken wird, wie die Deutschen auf den Krieg reagieren. Dass es sich auf sie selbst auswirken wird. Und auf ganz Europa.

Deswegen führt kein Weg daran vorbei, sich auch mit der Gefühlslage und Position der Deutschen in diesem geopolitischen Großkonflikt zu befassen. Wird ihre Solidarität halten? Wie lange? Oder wird sie jetzt schon brüchig? Auf welche Weise hat der Krieg Deutschland bereits verändert? Wie wirkt sich die Vergangenheit auf das Heute aus? Und wird die Bevölkerung mehrheitlich die Entscheidungen ihrer Regierung unterstützen? Denn es geht ja jetzt um mehr als nur um eine nächste Krise.

Die Deutschen müssen jäh Kursänderungen ihrer politischen Repräsentanten mittragen. Ein Volk, das aus guten Gründen eher pazifistisch eingestellt war, muss sich umorientieren: Waffenlieferungen in ein Kriegsgebiet und eine schier unfassbare Summe von 100 Milliarden Euro für die Aufrüstung. Es muss mit Entscheidungen klarkommen, mit denen sich kaum jemand wohlfühlen dürfte: Um von russischen Energielieferungen unabhängig zu werden, begab sich der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck in den vergangenen Tagen auf eine Reise nach Katar und in die Vereinigten Arabischen Emirate – als Freunde von Menschenrechten sind die Scheichs nicht bekannt. Die Deutschen, im Schnitt seit Jahrzehnten an Wohlstand gewöhnt, müssen sich mit dem Gedanken auseinandersetzen, wegen des möglichen Verzichts auf russisches Gas und Öl eventuell frieren zu müssen. Für einige könnte Autofahren etwas werden, was sie sich nicht mehr leisten können. Die Deutschen und ihr Auto – diese Liebesgeschichte wird nicht enden, auch wenn die Vernunft es erfordern würde (lesen Sie auch Seite 26). Die Deutschen sehen auch die wirtschaftlichen Folgen des Kriegs und der Sanktionen für Deutschland mit großer Sorge. Laut der Civey-Umfrage fürchten 78 Prozent, dass es zu einer neuen Weltwirtschaftskrise kommt, knapp 80 Prozent befürchten einen wirtschaftlichen Umbruch in Deutschland durch die steigenden Energiepreise.

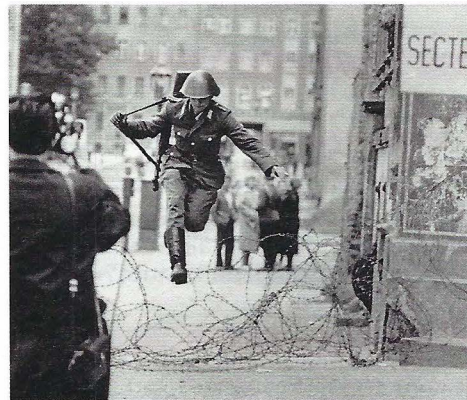
Martin Endreß, 62, Professor für Allgemeine Soziologie an der Universität Trier, sieht enorme Herausforderungen auf die deutsche Politik und Öffentlichkeit zukommen: »Dieser Krieg zeigt sehr gewaltvoll, dass wir uns nicht mehr so bequem zurückhaltend in der Weltgeschichte einrichten können, wie es lange dem deutschen Selbstverständnis entsprochen hat.« Die Deutschen müssten nicht nur wirtschaftlich und kulturell, sondern auch sicherheitspolitisch neu denken lernen – »so sehr es dem friedlichen Ideal und allem Freude-schöner-Götterfunken-Denken widerspricht«. Der Krieg setze im Gefüge der Nachkriegsordnung alles außer Kraft, was die Deutschen als normal empfänden, »und wir haben mit dieser schamlosen Verletzung unserer Normalitätserwartung nicht gerechnet«.

**Die Erschütterung ist zwar weltweit** zu spüren, und viele Gründe dafür ähneln sich, doch kommen hierzulande eigene Gründe hinzu.

## Deutsche Geschichte



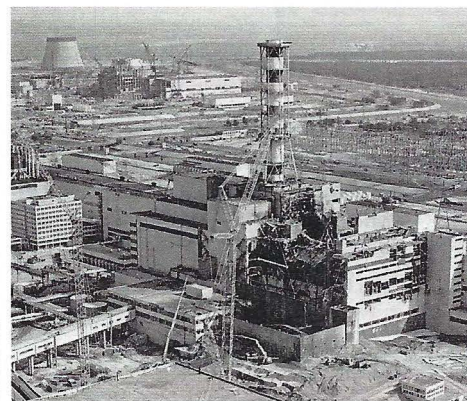
1945 | Kriegsende: Ein sowjetischer Soldat hält die sowjetische Flagge auf dem Reichstag



1961 | Ein Soldat der DDR springt über die Stacheldrahtgrenze von Ost- nach West-Berlin



1983 | Grüner Joscha Fischer bei Protest gegen die Stationierung von Pershing-2-Raketen



1986 | Zerstörter Reaktor im Atomkraftwerk von Tschernobyl in der Ukraine

Da ist die besondere historische Verantwortung der Deutschen und die geografische Nähe zu den Ereignissen. Carola Richter, 44, Professorin für Kommunikationswissenschaft an der Freien Universität Berlin, erforscht unter anderem, wie die Berichterstattung über politische Krisen wahrgenommen wird. Sie sagt, wenn die Medien über einen Krieg berichteten, der von Berlin nur 1200 Kilometer entfernt ist, dann reagierten die Deutschen stärker darauf als auf einen Krieg in Syrien oder Afghanistan: »Wir teilen das Szenario einer Bedrohung und entwickeln daher eine immense Empathie«, sagt Richter.

»Es spielt zudem eine Rolle, dass die Geflüchteten, zugespitzt ausgedrückt, so aussehen wie wir. Es ist leichter, sich mit jemandem zu solidarisieren, der uns kulturell nah zu sein scheint.« Die deutsche Willkommenskultur im Jahr 2015, die vor allem Syrern galt, die vor dem Krieg in ihrem Lande geflohen waren, war von Anfang an gebrochener.

Dazu kommt laut Richter, dass Deutschland in den Jahrzehnten seiner Teilung im Zentrum des Kalten Krieges stand. In den sozialen Medien werde im Moment an ein tief sitzendes russlandfeindliches Narrativ angeknüpft: »Das Bild vom bösen Russland wurde in Westdeutschland in der Zeit des Kalten Krieges stark verankert.«

Auf die Frage nach den Unterschieden der Reaktionen in Ost und West sagt Steffen Mau, 53, Professor für Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin und Spezialist für Ostdeutschland, dass die Unterschiede zwischen Ost und West in den Zustimmungswerten zu bestimmten Themen in der Regel nur graduell seien, sie lägen bei 10 bis 15 Prozent.

Allerdings hätten Westdeutsche häufig eine starke Bindung an andere westliche Nationen, sowohl ideell als auch sozial. In den Jahrzehnten nach dem Krieg seien intensive Freundschaften zwischen Westdeutschen und Amerikanern entstanden. Ostdeutsche der Generationen vor dem Mauerfall hätten wiederum in der Schule gelernt, sowjetische Soldaten als Befreiungsarmee wahrzunehmen und die Besetzung als natürliche Folge der Verbrechen der Nazis. »In Westdeutschland hat man viel stärker auf die westlichen Alliierten geschaut, die Sowjetarmee war Teil des Warschauer Pakts und damit ein Gegner.«

An den friedlichen Abzug der Sowjetarmee mit ihren mehr als 300 000 Soldaten nach dem Mauerfall erinnerten sich ehemalige DDR-Bürger positiv, so Mau, und sie brächten dies bis heute mit Russland in Verbindung. Die deutsche Einheit werde bei vielen auch als Geschenk der Russen angesehen. Die »Fernwirkung der deutschen Teilung und des Mauerfalls haben immer noch Einfluss auf die politischen Eliten«, sagt Mau und meint damit Michael Kretschmer (CDU) und Manuela Schwesig (SPD), die als Regierungschefs ihrer Bundesländer jahrelang einen russlandfreundlichen Kurs verfolgten. Auf solche Politikerinnen und Politiker dürfte der

Zivilisationsbruch, für den der Krieg steht, »wie ein Erweckungserlebnis aus der Traumtänzerie« wirken, sagt Mau.

**Ein Erweckungserlebnis** – dies gilt in Abstufungen allerdings für beinahe die gesamte politische Klasse. Die Russlandpolitik der vergangenen Jahre und Jahrzehnte ist gescheitert, auch wenn, wie immer, nicht alles falsch daran gewesen ist. Aber die Grundannahmen gelten nicht mehr: Wandel durch Handel, mehr reden als drohen. Denn mit den Erlösen der Lieferungen von Gas und Öl nach Deutschland finanziert Putin auch seinen Krieg.

Kanzler Olaf Scholz verwunderte vor dem 24. Februar mit seinem zurückhaltenden Russlandkurs die westlichen Verbündeten, vor allem die USA. Der Beginn des Angriffskriegs bewirkte die Wende. Auf seine SPD wirkt sich das unmittelbar aus. Die Ostpolitik, ein Identitätsanker der Partei, steht mit ihren jüngsten Ausprägungen infrage. Auch andere Parteien müssen neu denken. Teile der Union beginnen, an Merkmals Russlandpolitik zu zweifeln. Und die Linke ist zerrissen zwischen einer unverbesserlichen Russland-Apologin wie Sahra Wagenknecht und jenen, die eine Veränderung des bisher eher russlandfreundlichen Kurses der Partei fordern. Oskar Lafontaine, Mitgründer der Linkspartei, ist vor einigen Tagen aus der Partei ausgetreten. Die AfD, bisher ein Hort der Putin-Versteher, ist sich inzwischen in der Russlandfrage uneins.

Die FDP-Politikerin und neue Vorsitzende des Verteidigungsausschusses Marie-Agnes Strack-Zimmermann durfte nicht im Plenum des Bundestags sitzen bei Scholz' Zeitenwende-Rede, sie hatte Corona und verfolgte die Regierungserklärung mit Kopf- und Gliederschmerzen vor dem Fernseher. Von dem 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen hörte sie zum ersten Mal in diesem Moment, aber sie ahnte, dass etwas Großes kommt, FDP-Parteichef Christian Lindner hatte es am Morgen in der Fraktionssitzung angedeutet. Und dann sagt sie etwas, was ungewöhnlich ist für eine Politikerin, besonders für eine so nüchterne wie Strack-Zimmermann: »Ich hatte Tränen in den Augen.« Es sei noch nicht lange her gewesen, da habe sie als verteidigungspolitische Sprecherin aus der Opposition vom damaligen Finanzminister Olaf Scholz mehr Geld für die Bundeswehr gefordert. »Und jetzt steht Scholz da und vollzieht diesen Kurswechsel, und wir als FDP können nun diese Politik in der Regierung mitgestalten.«

Strack-Zimmermann bedrückt jedoch, dass es eines schrecklichen Krieges bedurfte, um die militärpolitische Wende möglich zu machen. Sie glaubt aber, »dass der Zuspruch zur Bundeswehr in der Bevölkerung immer größer war, als es viele in Berlin dachten«. In der aktuellen Civey-Umfrage sagen 49 Prozent der Deutschen, sie hätten jetzt eine andere Haltung als vorher zu hohen Verteidigungsausgaben. Strack-Zimmermann sieht es als »Glück im Unglück«, dass gerade jetzt die

## SPIEGEL-UMFRAGE

»Russlands Angriff auf die Ukraine hat einige meiner **politischen Überzeugungen fundamental infrage gestellt**«, in Prozent

stimme eindeutig/eher zu



stimme eindeutig/eher nicht zu



»Ich habe heute eine **andere Haltung zum Bezug von Energie aus Russland** als vor dessen Angriff auf die Ukraine«

stimme eindeutig/eher zu



stimme eindeutig/eher nicht zu



»Haben Sie Sorge, dass der Angriff Russlands auf die Ukraine **zu einem Weltkrieg eskalieren** könnte?«

ja, auf jeden Fall/eher ja



nein, auf keinen Fall/eher nein



»Haben Sie Sorge, dass Russland gegen die Ukraine **Atomwaffen einsetzen** könnte?«

ja, auf jeden Fall/eher ja



nein, auf keinen Fall/eher nein



»Sollte die Bundesregierung der Einrichtung und **militärischen Durchsetzung einer Flugverbotszone** über der Ukraine Ihrer Meinung nach zustimmen?«

ja, auf jeden Fall/eher ja



nein, auf keinen Fall/eher nein



»**Beeinträchtigt der Russland-Ukraine-Krieg Sie derzeit psychisch** (z. B. Schlaflosigkeit, Angst, Ohnmachtsgefühle)?«

ja, auf jeden Fall/eher ja



nein, auf keinen Fall/eher nein



Quelle: Civey-Umfrage vom 21. bis 23. März 2022; Befragte: rund 5000; die statistische Ungenauigkeit liegt

Ampel regiert. »Ein nicht kleiner Teil unserer Bevölkerung ist pazifistisch eingestellt, diese Menschen lassen sich vermutlich eher von einem sozialdemokratischen Kanzler und einer grünen Außenministerin überzeugen, jetzt auch militärisch aktiv zu werden. Wenn in dieser Situation die CDU den Kanzler stellen würde, stünden wir vor einem Akzeptanzdefizit und damit vor sehr großen gesellschaftlichen Herausforderungen.«

Die Grünen selbst tragen die Pläne für Aufrüstung und Abschreckung bisher erstaunlich klaglos mit, nur die Grüne Jugend murrte. Doch die neue Militarisierung des Landes ist nicht die einzige Überraschung für die Partei. Der grüne Wirtschaftsminister und Vizekanzler Robert Habeck hatte bei Amtsantritt zwar ähnliche Aufgaben vor sich, wie sie jetzt auf ihn zukommen, einen zähen, langwierigen politischen Kampf hatte er erwartet, um dem Ziel eines klimaneutralen Deutschlands näherzukommen. Windkraftanlagen und Stromleitungen zu errichten – das garantiert keinen Applaus. Was er sich jedoch nicht hätte vorstellen können: dass er diese Entscheidungen nun vor dem tragischen Hintergrund eines Krieges trifft. Jetzt muss alles viel schneller gehen mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien, sie helfen nicht nur gegen die Erderhitzung, sondern seit vier Wochen ist der Umgang mit ihnen auch zu einer Frage der nationalen Sicherheit geworden.

Die Kehrtwende in der deutschen Energiepolitik dieser Tage hat Habeck nach Katar und in die Vereinigten Arabischen Emirate gebracht. Habeck sagt, dass er erst gar nicht versuchen werde, die Illusion aufkommen zu lassen, dass in diesen Entscheidungen das reine Gute aufscheine. Jetzt müsse man das relativ Bessere tun. Möglichst wenige falsche Entscheidungen zu fällen, das würde ihm in einer solchen Ausnahmesituation schon genügen. Den Ton moralischer Selbstvergewisserung, der in diesen Tagen oft zu hören sei, könne er nicht gut ertragen.

Habeck wünscht sich, dass die Politik mit einem größeren Abstand auf das eigene Handeln schaue und dass Zweifel erlaubt seien. Man müsse doch ein Tor sein, jetzt nicht zu zweifeln, an allem, was man sehe, findet er. Den Bürgerinnen und Bürgern den Eindruck zu vermitteln, man wisse schon, wie das alles endet, hält er für fahrlässig. Gleichwohl gelte es, Zweifel auch in politisch sinnvolles Handeln zu überführen, sich klar zu entscheiden.

Wie Strack-Zimmermann geht auch er offen mit seinen Gefühlen um. Auf seiner Reise in die Vereinigten Arabischen Emirate sagte er vor laufenden Kameras: »Das ist nicht einfach im Kopf zusammenzukriegen. Dass wir in einer Zeit sind, wo Menschen sterben, wir jetzt hier in der Sonne stehen, und diese Menschen frieren, keine Energie haben und ihre Häuser zerbombt bekommen.« Habeck schaute ernst in die Objektiv, die Stirn kraus, die Krawatte locker.

So versucht die Politik, ihre eigene Erschütterung zu zeigen.

Die Autorin Nora Bossong, 40, gilt als die Stimme ihrer Altersklasse. Sie hat gerade das Buch »Die Geschmeidigen« geschrieben, sie fand einen ahnungsvollen Untertitel dafür: »Meine Generation und der Ernst des Lebens«. Es erschien am Tag, an dem die russische Armee in die Ukraine einmarschierte. In dem Buch porträtiert sie ihre Generation, die zwischen 1975 und 1985 geboren wurde – auch Politiker und Politikerinnen sind dabei, wie FDP-Chef Christian Lindner und Dorothee Bär von der CSU.

Bossong hofft jetzt, dass ihre Generation, die die Hebel der Macht übernimmt, einerseits von der Fähigkeit, sich anpassen zu können und Ausgleich zu suchen, profitiere, sich aber andererseits auch neu definieren könne: »Das könnte unser Moment sein«, sagt sie. »Wir könnten mit einer Mischung aus Werte- und Realpolitik die Verantwortung übernehmen.«

Nora Bossong selbst wird demnächst für zwei Wochen zur Bundeswehr gehen. Sie wird einen Einführungskurs bei der Luftwaffe machen und lernen, wie die Armee funktioniert. Sie hatte sich schon vor dem Kriegsbeginn dafür angemeldet. Jetzt sagt sie: »Nun hat das eine noch größere Dringlichkeit bekommen.«

**Es spricht alles dafür**, dass die Bevölkerung ihre Politikerinnen und Politiker in diesen Tagen nicht aus den Augen lässt. In Deutschland setzt sich durch den Krieg fort, was spätestens mit der Flüchtlingskrise von 2015, endgültig aber mit den Klimaprotesten von 2019 und der Pandemie seit 2020 begann: eine allumfassende Politisierung. Sich abgekoppelt zu fühlen von den Entscheidungen der Mächtigen oder sich dafür nicht zu interessieren, dieses Gefühl war Zeiten vorbehalten, die weniger bedrohlich waren. Vom Klimawandel aber sind alle bedroht, von der Pandemie auch. Die Ältesten des Landes haben den Zweiten Weltkrieg noch erlebt, er wirkt sich auf alle nachfolgenden Generationen aus. Selenskyjs nicht ohne Bitterkeit gestellte Frage, ob das »Nie wieder« der Deutschen mit Blick auf die Ukraine wirklich tragfähig sei, muss das deutsche Selbstverständnis irritieren.

Die Betroffenheit durchzieht alle Generationen von den Kleinsten bis zu den Ältesten.

Viele Jungen und Mädchen in Deutschland hätten derzeit Ängste, weil sie das, was sie über den Krieg in der Ukraine hörten, nicht einordnen könnten, sagt Aleksandra Kaurin, Juniorprofessorin für Klinische Kin-

**Spendenanlaufstelle für Ukrainer in Köln:** Solidarität hilft, Ohnmachtsgefühle zu überwinden



Heike Steiweg

**»Wir könnten mit einer Mischung aus Werte- und Realpolitik die Verantwortung übernehmen.«**

**Nora Bossong, Autorin**



Costa Behrens / dpa, SPIEGEL

der- und Jugendpsychologie an der Universität Witten/Herdecke. Die 32-Jährige erforscht mit ihrem Team, wie Menschen krisenhafte Situationen möglichst gut bewältigen. Und sie hat diese Erfahrung selbst gemacht: Sie stammt aus Bosnien, ihre Familie flüchtete vor dem Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien nach Deutschland, als Kaurin drei Jahre alt war. »Vor allem Kinder mit Eltern, die sich selbst nicht besonders krisenfest fühlen, fühlen sich nun wieder eher mit ihren Sorgen allein gelassen«, sagt sie.

Auch die Erfahrung der Pandemie setze sich fort: Jungen und Mädchen, die zu Hause jemanden haben, der ihnen zuhört und sie unterstützt, kommen unbeschadet durch schwierige Zeiten.

Viele Jugendliche geraten nun erneut ins Schleudern. Der Krieg in der Ukraine ist die zweite große Katastrophe innerhalb von zwei Jahren, mitten in der Pubertät, einer Lebensphase, in der ohnehin alles infrage zu stehen scheint und es schwer ist, den eigenen Weg zu finden.

Die 16-jährige Rahel aus dem thüringischen Kirchgandern bestätigt das. Sie hat die vergangenen beiden Jahre und gerade die zurückliegenden Wochen als schwierig empfunden. Ihr Uropa starb während des Lockdowns allein in einem Altenheim. Die Mutter einer Freundin kehrte nicht mehr lebend aus dem Krankenhaus zurück: kein Abschied, nur Infektionsschutz.

Ein Teil der Schüler und Schülerinnen in ihrer Klasse im Gymnasium verließ die Schule, sie hätten durch die Lockdowns den Anschluss verpasst, sagt Rahel. Und nun der Krieg. »Dass das schon wieder die nächste Krise ist«, sagt Rahel, »dass es wahrscheinlich immer so weitergehen wird, das finde ich wirklich belastend.« Rahel hadert allerdings noch mehr mit der Pandemie als mit dem Krieg, das deckt sich laut der Civey-Umfrage mit einem allgemeinen Gefühl in ihrer Altersgruppe.

Sie habe überall herumtelefoniert, um einen Therapieplatz für ihr Kind zu finden, sagt Rahels Mutter. In der Regel habe man sie vertröstet: Wartezeit ein halbes Jahr. Und selbst in den psychiatrischen Notfallambulanzen für Kinder und Jugendliche: acht Wochen. »Wenn ich erklärt habe, dass meine Tochter im Lockdown eine Depression entwickelt hat, bekam ich oft zur Antwort, viel zu viele Kinder seien davon betroffen.«

Rahel ging es zwischenzeitlich besser, sie nimmt Medikamente, die ihr helfen, und sie schreibt gemeinsam mit Freunden an einem Buch, dem sie den Titel »Lockdownsurvivors« gegeben hat. Darin erzählt sie von einer »wackeligen Welt, die auf Stelzen steht«.

Sie würden in der Schule gerade oft Berichte über den Krieg in der Ukraine analysieren, sagt Rahel. Dann mische sich ihr Mitleid mit den Flüchtlingen mit ihrer Depression. So

wie ihre Freunde denkt Rahel nun öfter darüber nach, ob ein dritter Weltkrieg ausbricht. Und was dann passiert.

Die Erinnerung an den letzten Weltkrieg gehört zu jenen, die kaum jemanden kaltlassen. Diejenigen, die ihn erlebt haben, stehen meist lebenslang in seinem Bann, auch die Nachkommen sind davon geprägt. Viele der alten Deutschen würden durch die Zeitungs- und Fernsehbilder aus der Ukraine von eigenen Kriegserinnerungen geradezu überwältigt, so erzählen es deren Töchter und Söhne, Pflegekräfte in Altenheimen berichten davon.

Das merkt auch Genschers ehemaliger Mitarbeiter Frank Elbe. Das Heulen der Sirenen, das Dröhnen der Explosionen, das Rieseln des Kalks von den Wänden im Bunker, wenn die Bomben explodieren, all diese Szenen gehören zu den Erinnerungen an seine Kindheit. Er floh mit seiner Mutter in den Luftschutzkeller unter der Obersten Stadtkirche in Iserlohn, als die alliierten Flieger 1945 den Ort bombardierten. Elbe hat noch das Pferd des Milchmannes vor Augen, das mit aufgerissenem Bauch auf der Straße lag, als sie nach dem Angriff aus dem Bunker kamen. Und dann die Flüchtlinge aus Oberschlesien. »Da kommen heute die alten Bilder zurück«, sagt er, »mich ergreift das Leiden der Ukrainer.« In Elbes Klasse kam jeder fünfte Schüler aus dem Osten, von den 26 Jungen wuchsen 13 ohne Vater auf. »So etwas prägt eine Nation«, meint er.

Mehr als vier Millionen der heute lebenden Deutschen sind wie Elbe bei Kriegsende alt genug gewesen, um sich heute noch an den von den Deutschen verschuldeten Krieg zu erinnern. Die Kinder der sogenannten Kriegskinder wiederum sind in ein Deutschland hineingeboren worden, das ganz von den Folgen des Kriegs geprägt war. Sie sahen die Mauer in Berlin, die Stacheldrahtrollen an der innerdeutschen Grenze am Ostseestrand. Sie waren dabei, als ihre Eltern Kaffee und Nylonstrümpfe in den Weihnachtspaketen zu den Verwandten in der DDR schickten, sie haben am Wochenende stundenlang versucht, telefonisch einen Onkel oder eine Tante in Chemnitz zu erreichen, das damals noch Karl-Marx-Stadt hieß. Auch diese Bilder kehren jetzt zurück, wenn erneut ein Ost-West-Konflikt aufbricht. Vor allem die Erinnerung an die atomare Bedrohung ist wieder da – Putin deutete ja an, im äußersten Fall Atomwaffen einzusetzen. Laut der aktuellen Civey-Umfrage befürchten 55 Prozent der Deutschen, dass er damit Ernst machen könnte.

Auch ein anderes bedrückendes Ereignis der Achtzigerjahre wirkt nun wieder wie ein neues Risiko: der Reaktorunfall von Tschernobyl im Jahr 1986. In den ersten Tagen des Ukrainekriegs entging einer der 15 ukrainischen Atomreaktoren knapp einer Katastrophe.

Die Erzählungen der Älteren können auch den Lebensweg von Jüngeren beeinflussen.

Der Begriff der »Kriegsenkel«, die im Bann der Erlebnisse ihrer Großeltern stehen, hat sich in den Sozialwissenschaften etabliert. Wer etwa der Grünenpolitikerin Franziska Brantner zuhört, kann den Eindruck gewinnen, sie würde ohne ihre Großmutter heute einer anderen Arbeit nachgehen.

Die Großeltern kamen aus der Nähe von Breslau, Niederschlesien, und die Familie ihrer Großmutter floh von dort in den letzten Kriegsmonaten. »Immer wieder hat meine Großmutter von der Flucht erzählt«, sagt die 42-Jährige, die mit dem Regierungswechsel Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium wurde. »Ich habe ihre Erzählungen als Jugendliche mit dem Kassettenrekorder aufgenommen, um ihre Erinnerungen festzuhalten.«

Dass sie sich schon immer für Osteuropa interessiert habe, liege an diesen Erzählungen, sagt Brantner. Sie fuhr als Mädchen zum deutsch-polnischen Jugendaustausch, ihr Bruder heiratete eine Frau, die aus der unmittelbaren Nähe des Heimatorts der Großeltern stammt. Wie viele Gleichaltrige begab sich auch Franziska Brantner auf die Spuren ihrer Vorfahren, reiste in die Gegend und suchte mit einem Foto in der Hand ein Haus, das ihrer Oma besonders wichtig war – und fand es. »Gegen die Spaltung in den Köpfen zwischen Ost und West habe ich mich immer gewehrt«, sagt sie. Eine Frontstellung Ost gegen West, das habe sie nie mehr erleben wollen. Ihr Interesse an Sicherheitspolitik sei genau darauf zurückzuführen, sagt Brantner, die nach ihrem Studium für internationale Organisationen arbeitete und außenpolitische Sprecherin ihrer Fraktion im Europäischen Parlament war.



**»Es ist unsere Pflicht, Mitgefühl zu zeigen.«**

**Manuela Sonntag, Helferin, Sohn Timo**

Nun ist das Ministerium, in dem sie arbeitet, damit befasst, wie Deutschland sich unabhängig von russischen Rohstoffen machen kann – den Stopp der Gaspipeline Nord Stream 2 hat sie mit vorbereitet. »Es ist gut, dass ich dadurch wenigstens etwas tun kann und nicht nur zuschauen muss«, sagt sie.

**Etwas tun zu können gegen die Ohnmacht**, auch bei Brantner scheint das auf, was viele Deutsche auf die Straße zu den Demonstrationen treibt, das sie zu Helferinnen und Helfern werden lässt. Der Krieg wirkt sich auf alle Generationen aus – weil sich das Krisengefühl der Pandemie nun noch einmal vertieft und weil er Erinnerungen an den Kalten Krieg oder sogar den Zweiten Weltkrieg berührt. Die eigenen Erfahrungen führen dazu, sich mit den Erfahrungen anderer, die es gerade unvergleichlich härter trifft, zu identifizieren: mit den Ukrainerinnen und Ukrainern.

Auf den Bahnhöfen, auf den Spielplätzen, bei Spaziergängen in diesen ersten sonnigen Frühlingstagen – überall sind die Geflüchteten und ihre Kinder schon anzutreffen.

Ob die Solidarität aber anhält, da sind die Deutschen sich selbst gegenüber misstrauisch: Nur 47 Prozent meinen, dass die Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen, bei weiter steigenden Flüchtlingszahlen halten wird, 36 Prozent glauben das nicht. Abhängen wird das auch vom politischen Management. Schon jetzt zeichnet sich zwischen Kommunen, Ländern und Bund ein Streit ab, wer für was zuständig ist und wer am Ende dafür aufkommt.

Die Deutschen werden verstehen müssen, dass die Zeit der Politikstrategie Angela Merkels vorbei ist, die Bevölkerung zu beruhigen und ihr zu suggerieren, dass sie sich um ihre Zukunft keine Sorgen machen müsse. Kaum etwas ist gut gerade, und ob es wieder gut wird, kann keiner seriös versprechen.

Wie die Deutschen diese Krise, die lange dauern wird, durchstehen, hängt auch davon ab, wie sie kommuniziert wird – das ist ebenfalls eine Lektion aus Corona (siehe Seite 98). Es braucht nicht nur nachvollziehbare politische Strategien, die den Weg aus dem Krieg weisen, sondern auch eine angemessene Vermittlung. Es reicht nicht, 100 Milliarden für die Rüstung bereitzustellen. Wer wie der Bundeskanzler solche Summen für sinnvoll hält, muss daraus ein politisches Projekt machen, muss es mit einer neuen deutschen Erzählung verbinden. Das kann ein Kanzler nicht allein, er muss die Debatte in die Gesellschaft tragen.

Bisher lässt sich die Einschätzung von Marie-Agnes Strack-Zimmermann, die Deutschen sähen die Notwendigkeit einer deutlichen Aufrüstung ein, durch Umfragen decken. Doch erste Brüche zeigen sich bereits. Am Dienstag veröffentlichten Hunderte Prominente aus Politik, Kirche, Wissenschaft und Kultur einen Appell gegen die Aufrüstung. Unter den Erstunterzeichnern, die mehrheitlich zum grünen und linken Spektrum gehören, finden sich unter anderem die Theologin

Margot Käßmann, Grüne-Jugend-Sprecherin Sarah-Lee Heinrich und der Linkenpolitiker Gregor Gysi.

Der Soziologe Martin Endreß rechnet noch mit anderen Brüchen: dem zwischen der jungen und der alten Generation. Für die Jüngeren sei dieser Krieg ein weiterer Beleg dafür, dass sie die Fehler der Alten ausbaden müssten. Die Alten seien unter anderem dafür verantwortlich, nicht früher auf erneuerbare Energien gesetzt zu haben: »Wir müssen uns wahrscheinlich wundern, wenn die jüngere Generation nicht viel härter mit uns ins Gericht geht.«

Endreß glaubt nicht, dass es in Deutschland gelänge, die Gesellschaft derart für Freiheit und Souveränität zu mobilisieren, wie es die Ukraine gerade vormacht. »Wir haben uns eingerichtet in einer Parallelwelt, in einer Komfortzone, in der ein Großteil der Menschen Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie für selbstverständlich und voraussetzungslos hält.« Individuelle Bedürfnisse stünden hierzulande im Vordergrund, sagt er. »Wir müssen in Deutschland wieder viel gesellschaftsbezogener denken.«

Die Solidarität dieser Tage ist ein Beleg dafür, dass das prinzipiell geht. Ob es aber längerfristig möglich ist, individuelle Wünsche zugunsten anderer einzuschränken, das wird erst die Zeit zeigen.

Mehr als eine Woche wohnen Natalia, Aleksandra, Elina und Daria nun bei Manuela Sonntag in Wuppertal-Vohwinkel. Der erste Zauber der spontanen Flüchtlingshilfe verfliegt langsam, der Alltag übernimmt. Manuela Sonntag muss Büroarbeit nachholen, Mails beantworten und Rechnungen schreiben. Sie findet es nach wie vor »ganz wunderbar«, dass die vier Frauen bei ihr untergekommen sind. Aber es stört sie auch, dass die jüngeren drei ständig aufs Handy gucken. Dass sie nicht reagiert haben, als Manuela Sonntag sagte, sie sollten ihr beim Umräumen der Kleiderschränke helfen, damit sie nicht mehr aus dem Koffer leben müssten. »Da war ich ein bisschen stinkig. Ich habe alle zusammengerufen und gesagt: Leute, so geht das nicht.« Natalia, die Mama, unterstützt jetzt die Caritas, Elina und Daria sind abends schon allein losgezogen, um »nach der Jugend Wuppertals Ausschau zu halten«, wie Manuela Sonntag sagt.

Sie hat sich darüber gewundert, dass ihre Gäste so stark heizen. Sie hat ihnen gesagt, das sei nicht nötig, außerdem würden sie mit dem Ölverbrauch die russische Invasion finanzieren. Dreimal musste sie darum bitten, die Heizung abzustellen, beim dritten Mal wurde sie strenger. Wie es halt so ist bei sechs Leuten in einer Wohnung, deutsche Normalität.

»Wenn die Vizemutter mault, dann finden sie die Vizemutter halt mal blöd. Punkt«, sagt Manuela Sonntag. »Daran zerbricht unsere Gemeinschaft nicht.«

Susanne Beyer, Maik Großekathöfer, Miriam Olbrisch, Christopher Piltz, Christoph Schult, Katja Thimm, Gerald Traufetter, Klaus Wiegrefe ■